

des Priesters Edgar D'Souza (vgl. Nachricht dazu) nicht überprüft habe und es damit so hinstellen würde, als seien sie die Wahrheit. Anwälte des Premierministers haben eine Verleumdungsklage gegen die Zeitschrift angestrengt, da dieser sich durch die Berichterstattung beleidigt fühlt, und fordern eine Rücknahme der Behauptungen, Entschuldigung und Schadenersatz. Der Chefredakteur der FEER, Derek Davies, wies die Vorwürfe in einem längeren Kommentar in der Ausgabe vom 7.1.88 zurück. In dem die FEER über erwähnenswerte Aussagen berichte, bedeute dies noch lange nicht, daß die FEER der Meinung sei, sie entsprächen der Wahrheit. Er schreibt: "Ähnlich verhält es sich, wenn die Regierung Singapurs 22 Personen verhaftet und sie als solche beschreibt, die an einer marxistischen Verschwörung beteiligt waren, um die Regierung Singapurs zu stürzen. Wir würden dies wohl als erwähnenswert ansehen und darüber berichten (wie wir es in der Tat getan haben), aber dies würde in keiner Weise bedeuten, daß wir die Anschuldigungen glauben oder die angebliche Verschwörung als Tatsache hinstellen. Die gleichen Grundsätze gelten für die Aussagen von Edgar D'Souza." Die FEER veröffentlichte dazu eine Reihe langer Leserbriefe von James Fu, dem Pressesekretär des Premierministers Lee. Die Regierung Singapurs ging soweit, in Form einer ganzseitigen Anzeige in der FEER sich die vollständige Wiedergabe eines Leserbriefs von Fu zu dem Kommentar zu verkaufen. Da sich die FEER nicht auf eine eingeschränkte Verbreitung ihrer Zeitschrift in Singapur einlassen wollte, hat sie ihren Verkauf in Singapur völlig eingestellt. Auch den Druck und Vertrieb, der bisher zu 66% von Singapur aus durchgeführt wurde und Singapur US\$ 1,48 Mio. im Jahr Singapur einbrachte, wurde dort eingestellt.

vgl. FEER 24.12. S.3f, 31.12.87 S.3f, 7.1. S.10ff, 14.1. S.11, 21.1. S.33, 4.2.88 S.10

Anti-US-"Demonstration"

Rund 4500 Arbeiter demonstrierten am 5.2.88 vor dem Singapore Conference Centre gegen die Entscheidung der US-Regierung, Singapur aus dem Handelbevorzugungssystem (Generalised System of Preferences) herauszunehmen, welches 700 singapureanischen Produkten die zollfreie Einfuhr in die USA ermöglichte, davon ausgehend, daß Singapur kein Entwicklungsland mehr sei. Es war die größte Demonstration seit Jahren, die der National Trades Union Congress (NTUC) bei Be-

zahlung von S\$ 5 und freiem Transport organisiert hat.

So ungewöhnlich es ist, daß eine solch große Demonstration genehmigt wurde, so ungewöhnlich ist auch das Ziel der Demonstration. Die USA sind der größte Investor in Singapur sowie der wichtigste Absatzmarkt für seine Industrieprodukte. Seit Jahren wurde bereits mit solch einem Schritt seitens der USA gerechnet. Der unmittelbare Anlaß für die USA, einen solchen Schritt zu unternehmen, wird von Beobachtern in der Änderung des singapureanischen Pressegesetzes gesehen, was von Seiten der USA als Berechtigung zum "andauernden Diebstahl von intellektuellem Eigentum" angesehen wird (vgl. Nachricht dazu).

Einige Beobachter meinen, daß die große Demonstration unverhältnismäßig gewesen sei und möglicherweise ungünstige Folgen in der Beziehung zu den USA haben könnte. Außerdem wird befürchtet, daß Demonstrationen dadurch wieder zu einer normalen Form des Protestes gemacht würden. Andere Beobachter meinen, daß mit der großen Öffentlichkeit, die dieses Ereignis erhalten hat, lediglich eine Art Belagerungsmentalität in Singapur verstärkt werden solle und mögliche wirtschaftliche Krisen, die gerade von den Arbeiter/innen am stärksten verspürt werden, in nächster Zeit den USA in die Schuhe geschoben werden könnten.

vgl. FEER 18.1.88 S.16f; Update No.17 S.4

Pressegesetzänderung erlaubt Kopieren eingeschränkter ausländischer Zeitungen

Die erneute Änderung des Pressegesetzes durch das Parlament am 27.1.88 soll ermöglichen, daß ausländische Zeitungen, deren Verkauf von der Regierung in Singapur eingeschränkt wurde, fotokopiert und ohne Anzeigen in der beschränkten Anzahl vertrieben werden können. Vertriebsgesellschaften können auf Antrag solche fotokopierten Exemplare erstellen und zum Unkostenpreis an ein ausgewähltes Publikum verkaufen. Die Regierung von Singapur will damit dem Boykott der in Hongkong erscheinenden Wochenzeitschrift Far Eastern Economic Review (FEER) begegnen, um einen freien Fluß von Informationen in Singapur aufrechtzuerhalten. Sie hatte Ende Dezember 1987 eine Einschränkung des Verkaufs der FEER in Singapur auf 500 Exemplare pro Ausgabe angeordnet (vgl. Nachricht dazu).

vgl. FEER 21.1. S.32, 11.2. S.32f, AW 22.1.88 S.19

DOKUMENTATION

Menschenrechte in Brunei

amnesty international war besorgt über die fortdauernde Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren von ca. 30 politischen Gefangenen, unter ihnen fünf von der Organisation betreute Gefangene, für deren Freilassung amnesty international sich bereits seit vielen Jahren einsetzte. Alle fünf befanden sich seit über 22 Jahren auf der Grundlage von Notstandsbestimmungen in Haft, die 1962 in Brunei eingeführt worden waren und seitdem ununterbrochen in Kraft waren. Die Gefangenen sollen angeblich an einer von der Volkspartei von Brunei (Partai Rakyat Brunei) angeführten bewaffneten Rebellion im Dezember 1962 beteiligt gewesen sein.

Im Februar genehmigte die Regierung die Gründung einer zweiten politischen Partei, der nationalen Vereinigten Partei von Brunei (Brunei National United Party - BNUP), nachdem im Vorjahr bereits die Nationaldemokratische Partei von Brunei (Brunei National Democratic Party - BNDP) gegründet worden war - die zu jenem Zeitpunkt einzige legale Partei des Sultans.

Im Laufe des Jahres 1986 wurden zehn politische Häftlinge, von denen die meisten seit Mitte

der 70er Jahre in unbestätigter Haft gehalten worden waren, freigelassen, nachdem sie dem Sultan Loyalität geschworen hatten. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der seit der Unabhängigkeit von Brunei Darussalam im Januar 1984 Freigelassenen auf 24 Personen.

Von den meisten Gefangenen, für die amnesty international sich einsetzte, wurde angenommen, daß sie bereits ein vorge-rücktes Alter erreicht haben und daß sie praktisch in völliger Isolation festgehalten wurden. In einem im Oktober 1986 den "Vergessenen Gefangenen" gewidmeten Veröffentlichung berichtete amnesty international auch über die Schicksale der Langzeitgefangenen in Brunei. Sie appellierte an den Sultan, die Gefangenen freizulassen, deren fortdauernde Inhaftierung nach Auffassung amnesty international nicht in der Beteiligung der Gefangenen an der Rebellion von 1962 begründet lag, sondern der Abschreckung vor politischen Aktivitäten diene. Für die fortgesetzte Inhaftierung dieser und anderer politischer Gefangener wurden keine Begründungen gegeben.

aus: amnesty international, Jahresbericht 1987, Frankfurt 1987, S. 307f

NACHRICHTEN

BRUNEI

Nationaldemokratische Partei Bruneis aufgelöst, Parteiführer inhaftiert

Am 27.1.88 wurde die eine der 2 Parteien des Sultanates Brunei, Brunei National Democratic Party (BNDP), wegen Verletzung des Vereinsgesetzes aufgelöst. 4 Tage später wurden ihr Präsident, Abdul Latif Hamid, und ihr Generalsekretär, Abdul Latif Chuchu in der Hauptstadt Bandar Seri Begawan nach den Notstandsgesetzen, die seit 26 Jahren in Kraft sind, ohne Begründung verhaftet.

Brunei, reich an Erdöl, mit seinen 230 Tsd. Einwohnern wird von seinem 41-jährige Sultan Hasanah Bolkiah, der auch Premierminister ist, als absolute Monarchie regiert. Erst 1984 wurde es völlig unabhängig von Großbritannien. Seit 1962, als Anhänger der damals existierenden Brunei People's Party erfolglos einen Aufstand anzettelten, herrscht im Land der Notstand. Seit der Unabhängigkeit des Landes wurden weder der Notstand aufgehoben noch Wahlen für eine Regierung durchgeführt. Als bis dahin einzige Partei wurde die BNDP ein Jahr nach der

Unabhängigkeit zugelassen, die vorgibt, heute 4000 Mitglieder zu haben. Es handelt sich bei ihnen im wesentlichen um Geschäftsleute und sogenannte "Professionals". Sie vertritt keinerlei eigene Ideologie außer für Demokratie zu sein und ist nicht gegen die Regierung eingestellt.

Beobachter sehen den Grund für das Verbot der Partei und die Verhaftung darin, daß im November 1987 Führer der BNDP auf einer Pressekonferenz in Kuala Lumpur den Sultan aufgefordert hatten, den Notstand im Land aufzuheben, als Premierminister zurückzutreten und Wahlen einzuberufen.

Am 23.2.88, dem Nationaltag, wurden 4 politische Gefangene freigelassen, wovon einer seit 1962 festgehalten wurde. In einem vom Fernsehen übertragenen Rede machte der Sultan seinem Volk keinerlei Hoffnungen, daß das Land auf dem Weg zu einer wie auch immer gearteten Demokratie sei. amnesty international in London rief am 24.2.88 in einer "urgent action" zum Protest gegen die Verhaftungen auf.

vgl. FEER 25.2. S.10, 10.3.88; Alurgent-action 54/88 v. 24.2.88